

28.11.2023

# Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)  
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/6820

## 2. Lesung

**Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen**

**Titel 891 10      Zuschüsse an die NRW.BANK für Maßnahmen zur Entlastung bei der Grunderwerbsteuer von Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere von jungen Familien bei der Schaffung von angemessenem Wohneigentum**

Erhöhung des Baransatzes

### **HH 2024**

### **Ansatz lt. HH 2023**

von	0 Euro	0 Euro
um	200.000.000 Euro	
auf	200.000.000 Euro	

### **Begründung**

Das von der FDP-Landtagsfraktion im Jahr 2021 mit initiierte Landesprogramm im Volumen von 400 Millionen Euro zur Entlastung beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum sollte als Übergangslösung dienen, bis das bundesweite Grunderwerbsteuerrecht den Ländern entweder einen differenzierten Steuersatz oder entsprechende Freibetragsregelungen ermöglicht. Es war deshalb ein wichtiger erster Schritt für die Entlastung der leistungsbereiten Mitte unserer Gesellschaft.

Datum des Originals: 28.11.2023/Ausgegeben: 28.11.2023

Die NRW.BANK teilte am 14. Juli 2023 per Presseinformation auch für Fachkreise unerwartet mit, dieses Programm per sofort einzustellen, obwohl noch ein höherer zweistelliger Millionenbetrag gar nicht verausgabt ist. Immobilienerwerber, welche den Kauf nach diesem Stichtag getätigt haben, sollen nach neuem Willen des Finanzministers plötzlich ganz leer ausgehen, da er die verbliebenen Millionen jetzt für andere Zwecke im Landeshaushalt nutzen will.

Kein anderes Bundesland hat deutschlandweit einen höheren Grunderwerbsteuersatz als das Land Nordrhein-Westfalen mit derzeit 6,5 Prozent. Für junge Familien wird die Erfüllung des Traums von den eigenen vier Wänden nicht zuletzt durch die Grunderwerbsteuer als größten Posten der Kaufnebenkosten massiv erschwert. Die Einstellung des Landesprogramms war dementsprechend ein fatales Signal an alle Bürgerinnen und Bürger, welche den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum für sich in Erwägung zogen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert deshalb, das Entlastungsprogramm weiterzuführen. Dafür ist nicht nur der Förderzeitraum zu verlängern, sondern die NRW.BANK auch mit zusätzlichen 200 Millionen Euro auszustatten.

Henning Höne  
Marcel Hafke

und Fraktion